

## EFAS stellt Studie „Arbeit lohnt sich immer!?“ vor

Der EFAS hat eine qualitative wissenschaftliche Studie durchgeführt unter wissenschaftlicher Begleitung von Prof. Dr. Franz Schultheis (Zeppelin Universität, Friedrichshafen) und Prof. Dr. Claudia Schulz (Evangelische Hochschule, Ludwigsburg). Langzeiterwerbslose Menschen haben andere Betroffene zur Forschungsfrage interviewt. „Warum treten viele Langzeitarbeitslose trotz zahlreicher offener Stellen nicht in den Arbeitsmarkt ein?“. Die Studie wurde von Prof. Dr. Markus Promberger (IAB, Nürnberg) eingeordnet und kommentiert.

Die Erkenntnisse der 34 in die Auswertung gelangten Interviews stellen ein Anforderungsprofil an die anstehenden Gesetznovelle des Bürgergeldgesetzes dar. Bei einem Abgleich der Ergebnisse mit den kommunizierten Einstellungen kann man feststellen, sowohl in der CDU/CSU als auch in der SPD gibt es Abweichungen zu den benannten Bedarfen.

- Bei den Interviews wurde deutlich das Thema Begleitung / Coaching spielt eine zentrale Rolle, um die bestehende Angst vieler Bürgergeldempfänger:innen vor dem nächsten Schritt abzufedern und abzubauen.  
Das im SGB II eingeführte Instrument § 16k kann hier ein erster guter Schritt sein. Das Instrument kann helfen, ist aber wegen des Geldmangels noch immer nicht weit verbreitet. Es hat zwar im Vergleich zum letzten Jahr einen Zuwachs von 71%<sup>1</sup> gegeben, das war aber in nominell geringem Zuwachs.
- Ein Thema hat ein weiteres Thema hat eine Relevanz aus den Interviews erhalten. Ein nennenswerter Anteil der Menschen ist so krank, dass eine Rückkehr auf den Arbeitsmarkt sehr unwahrscheinlich ist. Aus den aktuellen Diskussionen, die die Jobcenter aber auch die BDA führen, wird dieses Thema ebenso deutlich. "Wann ist wer erwerbsfähig, ist die 3 Stundenregelung noch angemessen?".  
Die Koalition plant hier keine Veränderung, es ist auch ein gewichtiges Thema., da nicht nur das SGB II sondern auch das SGB VI und das SGB IX und SGB XII betroffen wären.
- Ein weiterer Aspekt in der Diskussion war, dass die Arbeitgeber unterstützt werden sollten, um mit der veränderten Lage am Arbeitsmarkt und im Umgang mit langzeitarbeitslosen Menschen, die lange aus dem Arbeitsleben sind.
- Aus den Ergebnissen der Interviews wurde deutlich, dass die langzeitarbeitslosen Menschen selbst das Signal setzen, ohne positiven Druck sind die Bemühungen zur Wiederaufnahme von Tätigkeiten im Arbeitsmarkt nicht so erfolgreich, wie in einem sanktionsfreien Raum. Die Riesensanktionskeule hilft nicht, aber kontinuierliche Erinnerung und Weisung des Wegs in den Arbeitsmarkt wird als hilfreich wahrgenommen, vor allem, wenn es von Personen kommt, denen die Menschen vertrauen.
- Auf Seiten der im Wahlkampf und auch noch aktuell geäußerten Positionen „Als das Bürgergeld eingeführt wurde, gab es Reaktionen, dass Menschen den Job aufgaben“ sind auf Basis der Studien des IABs nur Einzelfälle, die kaum messbar sind.  
Zwar legt die erste Makroanalyse des IABs<sup>2</sup>(Enzo Weber) nahe, dass die Bürgergeld-Reform einen negativen Effekt auf Arbeitsmarktübergänge **haben könnte**, also dass weniger Bürgergeldbeziehende eine neue Arbeit aufnehmen könnten. Allerdings war dieser Rückgang bereits vor der Reform zu beobachten. Das IAB betont, dass auch andere Faktoren wie die

<sup>1</sup> <https://biaj.de/archiv-materialien/2112-jobcenter-mittel-und-ausgaben-fuer-eingliederungsleistungen-von-januar-bis-juni-2025-jobcenter-ge.html>

<sup>2</sup> <https://iab-forum.de/die-grundsicherung-nach-der-buergergeld-reform-erste-antworten-aber-noch-viele-offene-fragen/>

wirtschaftliche Schwäche seit Ende 2022 und die Nachwirkungen der Covid-19-Pandemie eine Rolle spielen. Es lässt sich daher nicht eindeutig sagen, dass das Bürgergeld allein für einen Rückgang der Arbeitsaufnahmen verantwortlich ist. **Die vollständigen Ergebnisse der Bürgergeld-Evaluation** werden erst Ende 2026 erwartet. Bislang zeigen die Analysen, dass finanzielle Anreize und Erwerbsbeteiligung von Bürgergeldbeziehenden komplexer sind als oft öffentlich dargestellt. Die Jobcenter schätzen die Chancen für bestimmte Gruppen, etwa ältere Leistungsberechtigte, nur geringfügig verbessert ein.

- Andere Studien des IABs<sup>3 4</sup> machen deutlich, dass insbesondere bei Migranten nicht von der Arbeitsaufnahme wegen des Bürgergeldes abgehalten werden. Die Erwerbstätigenquoten von Migranten sind seit der Einführung der Grundsicherung kontinuierlich gestiegen – von 58 Prozent im Jahr 2005 auf 69 Prozent im Jahr 2023. Für bestimmte Gruppen von Migranten liegt die Erwerbstätigenquote sogar bei 75 Prozent und nähert sich damit dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung an.
- Eine weitere Frage, die von der CDU/CSU immer wieder artikuliert wird „Lohnt sich Arbeit überhaupt finanziell?“ ist ebenso wissenschaftlich zu beantworten. Die Diskussion ist medial während des Vermittlungsausschusses um die Einführung des Bürgergeldes entbrannt. Hintergrund war ein Gutachten des IFW Kiels von Prof. Dr. Dr. Schmidt, welches korrigiert werden musste, da es falsch berechnet war. Verschiedene Veröffentlichungen verschiedener Institute der letzten zwei Jahre verweisen darauf, dass es je nach Haushaltstyp immer einen größeren bzw. kleineren Lohnabstand gibt. Die Studien sind:
  - Ifo Institut 2024: Untersuchte vier verschiedene Haushaltstypen (z.B. Singles, Familien).  
Ergebnis: Der Lohnabstand beträgt in allen betrachteten Haushalten mehrere hundert Euro. Das verfügbare Einkommen von Erwerbstätigen mit Mindestlohn liegt stets deutlich über dem von Bürgergeldempfängern. Bei höheren Mieten wird der Abstand allerdings etwas geringer.<sup>5</sup>
  - Hans Böckler Institut (2025)  
Analysierte die Entwicklung von Bürgergeld und Mindestlohn von 2021 bis 2025.  
Ergebnis: Der Mindestlohn ist in diesem Zeitraum deutlich stärker gestiegen als das Bürgergeld. Der Lohnabstand hat sich vergrößert, insbesondere bei Alleinstehenden (bis zu 100% mehr verfügbares Einkommen bei Erwerbstätigkeit)<sup>6</sup>
  - VdK Ifo Modellrechnungen (2024)  
Beispielrechnungen für Singles und Alleinerziehende.  
Ergebnis: Wer arbeitet (selbst bei Mindestlohn) und Sozialleistungen wie Wohngeld oder Kinderzuschlag erhält, hat stets mehr verfügbares Einkommen als jemand, der nur Bürgergeld bezieht. Der Anreiz zu arbeiten bleibt erhalten.<sup>7</sup>

<sup>3</sup> <https://www.migazin.de/2025/03/31/studie-buergergeld-haelt-migranten-nicht-von-arbeitsaufnahme-ab/>

<sup>4</sup> <https://iab-forum.de/erschwert-das-buergergeld-die-integration-von-migrantinnen-und-migranten-in-den-arbeitsmarkt/>

<sup>5</sup> <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2024-01-bloemer-et-al-lohnabstand.pdf>

<sup>6</sup> <https://www.wsi.de/de/blog-17857-die-buergergeld-reform-von-2023-66576.htm>

<sup>7</sup> <https://www.vdk.de/aktuelles/aktuelle-meldungen/artikel/ifo-studie-arbeiten-lohnt-sich-immer/>

Nichts desto trotz macht es Sinn, sich das Thema nochmals anzusehen, wie im Koalitionsvertrag vereinbart und auch von der Bertelsmann-Stiftung gefordert.<sup>8 9</sup>

- Ein weiteres immer wieder erörtertes politisches Thema ist „Bürgergeld und Schwarzarbeit“. Dazu ist zu benennen, das ist ein relevantes Thema und hier muss ich der Staat gegen Schwarzarbeiter:innen und Schwarzarbeitgeber:innen wehrhaft zeigen. Der geplante Aufwuchs bei den Stellen von derzeit 9.500 auf 11.500 beim Zoll wird mit hoher Wahrscheinlichkeit zu gering ausfallen, um eine adäquate Bekämpfungsstrategie zu haben.

Damit Arbeit und Vermittlung einen anderen gesellschaftlichen Stellenwert bekommen, muss nicht nur bei den Menschen im Bürgergeldsystem einen Haltungswechsel erreicht werden. Es bedarf auch das Engagement der Mitte. Eine Idee dazu wäre, ein breitangelegtes Mentorensystem. Wenn wie bei der Flüchtlingskrise breite Schichten der Bevölkerung ihre Netzwerke für die Bürgergeldempfänger:innen bereitstellen könnten, um Vermittlung zu stärken und das Hauptthema der Erkenntnisse aus der Studie „Angst“ zu überwinden, wäre das positiv und würde gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Die Ergebnisse der Studie wurden Teilen der Fraktionen der SPD und der CDU/CSU in einem geschlossenen Format vorgestellt.

Marc Hentschke

Vorstandsvorsitzender

Evangelischer Fachverband für Arbeit und soziale Integration e.V.

---

<sup>8</sup> <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/einwurf-032025-erfolgreich-gescheitert>

<sup>9</sup> <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2025/maerz/buergergeld-mehr-fordern-besser-foerdern-verwaltung-reformieren>